

**TOP 01: Tagesordnung der 982. Sitzung des Bundesrates
am 08.11.2019**

Das Abstimmungsverhalten des Landes wird im Anschluss an die Plenarsitzung auf der Transparenzplattform veröffentlicht, siehe nachfolgende Seiten im pdf-Dokument.



Rheinland-Pfalz

Abstimmungsverhalten des Landes Rheinland-Pfalz in der 982. Sitzung des Bundesrates am Freitag, 08.11.2019¹:

Zustimmung zu den Empfehlungen und Vorschlägen in Umdruck 6/2019 (gemeinsame Abstimmung nach § 29 Absatz 2 GO, sog. „Grüne Liste“).

Zu den weiteren Tagesordnungspunkten:

2. a) Gesetz zur **Änderung des Grundgesetzes** (Artikel 72, 105 und 125b)
gemäß Artikel 79 Absatz 2 i.V.m.
Artikel 79 Absatz 1 GG
Drucksache 499/19

Zustimmung zum Gesetz.

- b) Gesetz zur Reform des Grundsteuer- und Bewertungsrechts (**Grundsteuer-Reformgesetz - GrStRefG**)

gemäß Artikel 105 Absatz 3 GG
Drucksache 500/19

Keine Zustimmung zum Gesetz.

- c) Gesetz zur Änderung des Grundsteuergesetzes zur **Mobilisierung von baureifen Grundstücken für die Bebauung**

gemäß Artikel 105 Absatz 3 GG
Drucksache 503/19

Keine Zustimmung zum Gesetz.

Keine Zustimmung zum Länderantrag in Drs. 503/1/19.

3. Gesetz über die Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen in der Bundesrepublik Deutschland als Gaststaat internationaler Einrichtungen (**Gaststaatgesetz**)

gemäß Artikel 105 Absatz 3 GG
Drucksache 501/19

Zustimmung zum Gesetz.

5. Gesetz zur Einführung einer Nachunternehmerhaftung in der Kurier-, Express- und Paketbranche zum Schutz der Beschäftigten (**Paketboten-Schutz-Gesetz**)

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 534/19

Ein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses lag nicht vor.

8. Gesetz zur Reform der Hebammenausbildung und zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (**Hebammenreformgesetz** - HebRefG)

gemäß Artikel 84 Absatz 1
Satz 5 und 6 GG
Drucksache 504/19
Drucksache 504/1/19

Keine Zustimmung zur Anrufung des Vermittlungsausschusses gemäß Ziffer 1 der Drs. 504/1/19.

Zustimmung zum Gesetz gemäß Ziffer 2 und zum Fassen der EntschlieÙung gemäß Ziffer 3.

9. Gesetz zur Reform der **Psychotherapeutenausbildung**

gemäß Artikel 84 Absatz 1
Satz 5 und 6 GG
Drucksache 505/19
Drucksache 505/1/19

Keine Zustimmung zur Anrufung des Vermittlungsausschusses allgemein und gemäß Ziffer 1 der Drs. 505/1/19.

Zustimmung zum Gesetz gemäß Ziffer 2 und zum Fassen der EntschlieÙung gemäß Ziffern 3 - 6.

Keine Zustimmung zu den Landesentwürfen gemäß Drs. 505/4/19, 505/2/19, 505/3/19.

¹ siehe auch die Erläuterungen am Ende des Dokuments

14. Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für **Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR** und zur Änderung des **Adoptionsvermittlungsgesetzes**

gemäß Artikel 104 Absatz 4 GG
Drucksache 537/19

Zustimmung zum Gesetz.

17. Drittes Gesetz zur Entlastung insbesondere der mittelständischen Wirtschaft von Bürokratie (**Drittes Bürokratieentlastungsgesetz**)

gemäß Artikel 105 Absatz 3 GG
Drucksache 538/19 (neu)
zu Drucksache 538/19 (neu)
Drucksache 538/1/19

Zustimmung zum Gesetz gemäß Ziffer 1 der Drs. 538/1/19.
Keine Zustimmung zum Fassen der EntschlieÙung gemäß Ziffer 2.

19. Gesetz zu dem Vertrag vom 22. Januar 2019 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die **deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration**

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 512/19
Drucksache 512/1/19

Ein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses lag nicht vor.
Zustimmung zum Fassen der EntschlieÙung gemäß Ziffer 2 der Drs. 512/1/19.

21. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des **§ 23 Absatz 1 Aufenthaltsgesetz**

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag der Länder Berlin, Thüringen
Drucksache 482/19
Drucksache 482/1/19

Der TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

22. Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuchs - Strafbarkeit der Bildaufnahme des Intimbereichs (sog. **Upskirting**)

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag der Länder Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Hessen
Drucksache 443/19
Drucksache 443/1/19

Keine Zustimmung zur Einbringung beim Deutschen Bundestag gemäß Ziffer 1 der Drs. 443/1/19 und Zustimmung zur Beauftragten-Bestellung gemäß Ziffer 2.

23. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der **Finanzgerichtsordnung** (FGOÄndG)

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag des Landes Nordrhein-Westfalen
Drucksache 470/19
Drucksache 470/1/19

Zustimmung zur Einbringung beim Deutschen Bundestag und Zustimmung zur Beauftragten-Bestellung gemäß Drs. 470/1/19.

24. Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuchs - **Strafzumessung bei antisemitischen Straftaten**

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag des Freistaates Bayern
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 498/19

Überweisung in die Ausschüsse.

25. Entwurf eines Gesetzes zur besseren **Bekämpfung von Mietwucher**

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag des Freistaates Bayern
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 527/19

Überweisung in die Ausschüsse.

26. Entschließung des Bundesrates zur **Anwendung der EFSA-Bienenleitlinien bei der Prüfung von Pflanzenschutzmitteln**

Antrag der Länder Berlin und Bremen
Drucksache 472/19 (neu)
Drucksache 472/1/19

Keine Zustimmung zum Fassen der Entschließung gemäß Drs. 472/1/19.
Keine Zustimmung zur Schlussabstimmung.

27. Entschließung des Bundesrates - **Arbeitnehmerfreizügigkeit** - Transnationale Zusammenarbeit verbessern

Antrag der Länder Hamburg, Bremen und Berlin
Drucksache 481/19
Drucksache 481/1/19

Zustimmung zum Fassen einer Entschließung gemäß Drs. 481/1/19.
Zustimmung in der Schlussabstimmung.

28. Entschließung des Bundesrates: **Verbesserung des Risikomanagements in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben** durch Anpassung der Versicherungssteuer und Förderung der Mehrgefahrenversicherung

Antrag des Landes Rheinland-Pfalz
Drucksache 263/19
Drucksache 263/1/19

Zustimmung zum Fassen der Entschließung gemäß Drs. 263/1/19 ohne die Worte „im Rahmen der GAK“ in Ziffer 9.
Zustimmung in der Schlussabstimmung in jedweder Fassung.

29. Entschließung des Bundesrates zur Verlängerung des Optionszeitraums bis zur **Anwendung von § 2b UStG auf juristische Personen des öffentlichen Rechts**

Antrag des Landes Nordrhein-Westfalen
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 492/19

Überweisung in die Ausschüsse.

30. Entschließung des Bundesrates - **Schutz** von Versicherungsnehmerinnen und Versicherungsnehmern **vor laufender Erhebung hochsensibler Gesundheitsdaten** zu Zwecken der Tarifgestaltung in der Krankenversicherung

Antrag des Landes Hessen
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 539/19

Überweisung in die Ausschüsse.

31. Entschließung des Bundesrates zur Stärkung der **medizinischen Rehabilitation**

Antrag des Landes Baden-Württemberg
gemäß § 23 Absatz 3 i.V.m.
§ 15 Absatz 1 und
§ 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 540/19

Überweisung in die Ausschüsse.

32. Entschließung des Bundesrates: **Reduzierung unnötiger Kunststoffabfälle**

Antrag des Freistaates Bayern
Drucksache 343/19
Drucksache 343/1/19

Keine Zustimmung zum Fassen der Entschließung gemäß Drs. 343/1/19.
Keine Zustimmung in der Schlussabstimmung in jedweder Fassung.

33. Entschließung des Bundesrates: Flüssiges und gelöstes Plastik vermeiden - Für eine umfassende Strategie zur **Reduktion schwer abbaubarer Polymere**

Antrag des Landes Hessen
Drucksache 461/19
Drucksache 461/1/19

Der TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

34. Entschließung des Bundesrates - "**Verbot des Einbaus nicht wechselbarer Batterien bzw. Akkumulatoren in Elektro-Scooter, Elektro-Roller, E-Bikes und Pedelecs**"

Antrag des Freistaats Thüringen
Drucksache 484/19
Drucksache 484/1/19

Zustimmung zum Fassen der Entschließung gemäß Drs.484/1/19 ohne Ziffer 2.
Zustimmung in der Schlussabstimmung außer bei Mehrheit für Ziffer 2.
Keine Zustimmung zum Landesantrag in Drs. 484/2/19.

35. Entschließung des Bundesrates: **Erneuerbare Energien auf den Wachstumspfad zurückführen** - Ausbaubremsen lösen

Antrag des Landes Schleswig-Holstein
Drucksache 436/19
Drucksache 436/1/19

Zustimmung zum Fassen der Entschließung gemäß Drs. 436/1/19.
Zustimmung in der Schlussabstimmung.

36. Entschließung des Bundesrates für den umfassenden **Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft auf Basis erneuerbarer Energien**

Antrag des Landes Niedersachsen
Drucksache 450/19
Drucksache 450/1/19

Zustimmung zum Fassen der Entschließung gemäß Drs. 450/1/19.
Zustimmung in der Schlussabstimmung.

37. Entwurf eines Gesetzes zur **Einführung einer Wohnungslosenberichterstattung** sowie einer Statistik untergebrachter wohnungsloser Personen

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 463/19
Drucksache 463/1/19

Stellungnahme gemäß Drs. 463/1/19.

38. Entwurf eines Gesetzes zur Einführung und Verwendung eines Tierwohlkennzeichens (**Tierwohlkennzeichengesetz** - TierWKG)

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 464/19
Drucksache 464/1/19

Stellungnahme gemäß Drs. 464/1/19 ohne Ziffer 3.
Zustimmung zu dem Landesantrag in Drs. 464/2/19.
Keine Zustimmung zu dem Landesantrag in Drs. 464/3/19.

40. Entwurf eines Gesetzes zur **Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten der Länder und Kommunen** in den Jahren 2020 und 2021

gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG
Drucksache 466/19
Drucksache 466/1/19

Stellungnahme gemäß Drs. 466/1/19 ohne die Ziffern 2 bis 4 und 6.

41. Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Pflicht zur Mitteilung **grenzüberschreitender Steuergestaltungen**

gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG
Drucksache 489/19
Drucksache 489/1/19

Stellungnahme gemäß Drs. 489/1/19 ohne die Ziffern 1, 3, 5 und 7.

42. Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des **Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes**

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 467/19
Drucksache 467/1/19

Stellungnahme gemäß Drs. 467/1/19.

43. Entwurf eines Gesetzes zur **Verlängerung des Betrachtungszeitraums für die ortsübliche Vergleichsmiete**

gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG
Drucksache 468/19

Keine Einwendungen.

44. Entwurf eines Gesetzes zur **Modernisierung des Strafverfahrens**

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 532/19

Stellungnahme gemäß Drs. 532/1/19 ohne die Ziffern 3, 4, 6 bis 10, 12, 13, 19, 21.

45. a) Entwurf eines Gesetzes zur **Einführung eines Bundes-Klimaschutzgesetzes** und zur Änderung weiterer Vorschriften

gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG
Drucksache 521/19
Drucksache 521/1/19

Stellungnahme gemäß Drs. 521/1/19 ohne die Ziffern 1 bis 7, 9, 10, 14, 18 bis 24.
Keine Zustimmung zum Länderantrag in Drs. 521/2/19.

- b) Entwurf eines Gesetzes über einen nationalen Zertifikatehandel für Brennstoffemissionen (**Brennstoffemissionshandelsgesetz - BEHG**)

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 533/19
Drucksache 533/1/19

Stellungnahme gemäß Drs. 533/1/19 ohne die Ziffern 1, 2, 4, 5, 7, 8, 10.

- c) Entwurf eines Gesetzes zur **Umsetzung des Klimaschutzprogramms 2030 im Steuerrecht**

gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG
Drucksache 514/19
Drucksache 514/1/19

Stellungnahme gemäß Drs. 514/1/19 ohne die Ziffern 1, 3, 4, 6 bis 8, 10 bis 12, 14 bis 17.

- d) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des **Luftverkehrsteuergesetzes**

gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG
Drucksache 515/19
Drucksache 515/1/19

Stellungnahme gemäß Drs. 515/1/19 ohne die Ziffern 3, 4, 6, 7 und 9.

48. Fünfte Verordnung zur Änderung der **Beschäftigungsverordnung**

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 528/19

Zustimmung zur Verordnung gemäß Drs. 528/1/19.

51. Dritte Verordnung zur Änderung der **Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung**

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 491/19
Drucksache 491/1/19

Zustimmung zur Verordnung gemäß Ziffer 1 und Fassen der EntschlieÙung gemäß Ziffer 2 in Drs. 491/1/19.

52. Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Personalausweisgesetzes und der Personalausweisverordnung (**Personalausweisverwaltungsvorschrift** - PAuswVwV)

gemäß Artikel 84 Absatz 2 GG
Drucksache 300/19
Drucksache 300/1/19

Zustimmung zur Verwaltungsvorschrift nach Maßgabe ohne Ziffer 1 und Fassen der EntschlieÙung gemäß Drs. 300/1/19.

53. Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Passgesetzes (**Passverwaltungsvorschrift** - PassVwV)

gemäß Artikel 84 Absatz 2 GG
Drucksache 301/19
Drucksache 301/1/19

Zustimmung zur Verwaltungsvorschrift nach Maßgabe ohne Ziffer 1 und Fassen der EntschlieÙung gemäß Drs. 301/1/19.

58. Entwurf eines Gesetzes zur **zulässigen Miethöhe** bei geringem Angebot an vergleichbarem Wohnraum

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag des Landes Schleswig-Holstein
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 542/19

Überweisung in die Ausschüsse.

59. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des **Baugesetzbuchs** (BauGB) und Stärkung der **Wirksamkeit der sozialen Erhaltungssatzungen** nach § 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 BauGB

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag der Länder Hamburg, Bremen
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 545/19

Überweisung in die Ausschüsse.

60. Entschließung des Bundesrates: Erhalt der qualitativ hochwertigen flächendeckenden stationären Krankenhausversorgung - **Krankenhäuser stärken**

Antrag des Landes Rheinland-Pfalz
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 543/19

Überweisung in die Ausschüsse.

61. Entschließung des Bundesrates - **Geburtshilfe vor Ort stärken**

Antrag der Länder Rheinland-Pfalz, Bremen,
Hamburg, Hessen
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 544/19

Überweisung in die Ausschüsse.

62. Entschließung des Bundesrates für eine erhebliche **Erweiterung der Angebote im öffentlichen Personennahverkehr durch die schrittweise Erhöhung von Regionalisierungsmitteln**

Antrag des Landes Mecklenburg-Vorpommern
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 546/19

Zustimmung zur sofortigen Sachentscheidung und zum Fassen der Entschließung gemäß Drs. 546/19.

Zustimmung zum Länderantrag in Drs. 546/1/19.

63. Entschließung des Bundesrates - Verbraucherschutz im Onlinehandel stärken - **Fake-Shops effektiv bekämpfen**

Antrag des Landes Baden-Württemberg
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 569/19

Überweisung in die Ausschüsse.

64. Entschließung des Bundesrates zum vorgesehenen Bericht der Europäischen Kommission über die Bewertung und Überprüfung gemäß Artikel 97 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (**Datenschutz-Grundverordnung**)

Antrag des Freistaates Bayern
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 570/19

Überweisung in die Ausschüsse.

65. Gesetz zur Durchführung des Zensus im Jahr 2021 (**Zensusgesetz 2021** - ZensG 2021)

gemäß Artikel 77 Absatz 3 GG
Drucksache 595/19

Zustimmung zum Länderantrag in Drs. 595/1/19.

Zustimmung zum Gesetz in der vom Vermittlungsausschuss vorgeschlagenen Fassung.

Umdruck 9/2019 („Grüne Liste“)

Betr.: 982. Sitzung des Bundesrates
am Freitag, dem 8. November 2019, 9.30 Uhr

Zu den Punkten 4, 6, 7, 10 bis 13, 15, 16, 18, 20, 39, 46, 47, 49, 50 und 54 bis 57 der Tagesordnung der 982. Sitzung des Bundesrates am Freitag, dem 8. November 2019, möge der Bundesrat gemäß den vorliegenden Empfehlungen und Vorschlägen beschließen:

I.

Den Gesetzen zuzustimmen:

4. Gesetz zur Änderung des **Neunten und des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch** und anderer Rechtsvorschriften

gemäß Artikel 104a Absatz 4 GG
Drucksache 502/19
Ausschussbeteiligung

- A/S -

12. Fünftes Gesetz zur Änderung des **Deutschen Richtergesetzes**

gemäß Artikel 74 Absatz 2 i.V.m. Artikel 74 Absatz 1 Nummer 27
GG
Drucksache 508/19
Ausschussbeteiligung

- R -

18. Gesetz zur Stärkung des Wohngeldes (**Wohngeldstärkungsgesetz - WoGStärkG**)

gemäß Artikel 104a Absatz 4 GG
Drucksache 511/19
Ausschussbeteiligung

- Wo -

II.

Zu den Gesetzen einen Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses nicht zu stellen:

6. Gesetz für bessere Löhne in der Pflege (**Pflegelöhneverbesserungsgesetz**)

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 535/19
Ausschussbeteiligung - A/S -

7. Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung der Deutschen Rentenversicherung Bund und der Deutschen **Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See** (RVBund/KnErG-ÄndG)

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 536/19
Ausschussbeteiligung - A/S -

10. Gesetz zur Errichtung des Implantateregisters Deutschland und zu weiteren Änderungen des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (**Implantateregister-Errichtungsgesetz - EIRD**)

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 506/19
Ausschussbeteiligung - G -

11. Neuntes Gesetz zur Änderung des **Stasi-Unterlagen-Gesetzes**

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 507/19
Ausschussbeteiligung - K -

13. Gesetz zur Änderung von Vorschriften über die **außergerichtliche Streitbeilegung in Verbrauchersachen** und zur Änderung weiterer Gesetze

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 516/19
Ausschussbeteiligung

- R -

15. Sechstes Gesetz zur Änderung des **Telekommunikationsgesetzes**

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 509/19
Ausschussbeteiligung

- Wi -

16. Gesetz über die Feststellung des Wirtschaftsplans des ERP-Sondervermögens für das Jahr 2020 (**ERP-Wirtschaftsplangesetz 2020**)

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 510/19
Ausschussbeteiligung

- Wi -

20. Gesetz zu dem Protokoll vom 8. Juni 2017 zur Änderung des Vertrags vom 29. Juni 2000 über ein **Europäisches Fahrzeug- und Führerscheininformationssystem (EUCARIS)**

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 513/19
Ausschussbeteiligung

- Vk -

III.

Zu dem Gesetzentwurf die in der zitierten Empfehlungsdrucksache wiedergegebene Stellungnahme abzugeben:

39. Entwurf eines Gesetzes zur Einführung von Sondervorschriften für die Sanierung und Abwicklung von zentralen Gegenparteien und zur Anpassung des **Wertpapierhandelsgesetzes** an die Unterrichts- und Nachweispflichten nach den Artikeln 4a und 10 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 465/19
Drucksache 465/1/19²
Ausschussbeteiligung

- Fz - R - Wi -

IV.

Zu der Vorlage die Stellungnahme abzugeben, die in der zitierten Empfehlungsdrucksache wiedergegeben ist:

46. **Mieterstrombericht** nach § 99 Erneuerbare-Energien-Gesetz 2017

gemäß § 99 EEG 2017
Drucksache 473/19
Drucksache 473/1/19
Ausschussbeteiligung

- Wi -

² Fz und Wi empfehlen, keine Einwendungen zu erheben.

V.

Den Vorlagen ohne Änderung zuzustimmen:

47. Elfte Verordnung zur Änderung der **Sozialversicherungsentgeltverordnung**

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 427/19
Ausschussbeteiligung

- A/S - Fz -

49. Vierzehnte Verordnung zur Änderung **eisenbahnrechtlicher Vorschriften**

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 459/19
Ausschussbeteiligung

- Vk -

50. Verordnung zur Änderung der Anlage 1 Anhang 2 und 4 des Übereinkommens vom 1. September 1970 über internationale Beförderungen leicht verderblicher Lebensmittel und über die besonderen Beförderungsmittel, die für diese Beförderungen zu verwenden sind (Sechzehnte Verordnung zur Änderung des **ATP-Übereinkommens**)

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 460/19
Ausschussbeteiligung

- Vk - AV -

VI.

Entsprechend den Anregungen und Vorschlägen zu beschließen:

54. Benennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union (Bereiche: **Bildung und Kultur**)

gemäß § 4 Absatz 1 und § 6 Absatz 1 und 2 EUZBLG i.V.m.
Abschnitt III der Anlage zu § 9 EUZBLG und Abschnitt I der
Bund-Länder-Vereinbarung
Drucksache 490/19
Drucksache 490/1/19
Ausschussbeteiligung - *EU - K* -

55. Bestellung von Mitgliedern des **Verwaltungsrates der Kreditanstalt für Wiederaufbau**

gemäß § 7 Absatz 1 Nummer 3 und Absatz 2 KredAnstWiAG
Drucksache 483/19
Drucksache 483/1/19
Ausschussbeteiligung - *Fz* -

56. Benennung eines Mitglieds für den **Beirat für Forschungsmigration**

gemäß § 38d Absatz 5 Satz 2 Nummer 2 AufenthV
Drucksache 329/19
Drucksache 329/1/19
Ausschussbeteiligung - *In - K* -

VII.

Zu dem Verfahren, das in der zitierten Drucksache bezeichnet ist, von einer Äußerung und einem Beitritt abzusehen:

57. **Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht**

Drucksache 497/19
Ausschussbeteiligung - *R* -

Erläuterungen:

Art und Umfang der Mitwirkungsrechte des Bundesrates

Die Länder wirken gemäß Artikel 50 Grundgesetz bei der Gesetzgebung und der Verwaltung des Bundes und in Angelegenheiten der Europäischen Union mit. Art und Umfang der Mitwirkungsrechte richten sich nach der jeweiligen Vorlage. Die häufigsten Vorlagen sind:

a) Gesetzentwürfe der Bundesregierung

Noch bevor sich der Deutsche Bundestag mit einem Gesetzentwurf der Bundesregierung befasst, kann der Bundesrat zu dem Entwurf Stellung nehmen oder keine Einwendungen beschließen. Eine Stellungnahme des Bundesrates wird dem Bundestag dann in der Regel gemeinsam mit dem Gesetzentwurf zugeleitet.

b) Gesetzesbeschlüsse des Deutschen Bundestages

Bei zustimmungsbedürftigen Gesetzen kann der Bundesrat nach der Verabschiedung durch den Bundestag den Vermittlungsausschuss anrufen, dem Gesetz zustimmen oder nicht zustimmen.

Bei nicht zustimmungsbedürftigen Gesetzen kann der Bundesrat den Vermittlungsausschuss anrufen oder das Gesetz passieren lassen. Nach einem abgeschlossenen Vermittlungsverfahren kann der Bundesrat Einspruch gegen ein vom Bundestag beschlossenes nicht zustimmungsbedürftiges Gesetz einlegen oder das Gesetz passieren lassen.

An der Eingangsformel eines Gesetzes lässt sich erkennen, ob es sich nach Auffassung des Urhebers um ein zustimmungsbedürftiges oder nicht zustimmungsbedürftiges Gesetz handelt. Sie lautet entweder "Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen" oder "Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen". Weitere Erläuterungen siehe <http://www.bundesrat.de/DE/aufgaben/gesetzgebung/zust-einspr/zust-einspr.htm>.

c) Gesetzesinitiativen der Länder

Der Bundesrat hat neben Bundestag und Bundesregierung ein Initiativrecht in der Gesetzgebung. Der Bundesrat kann auf Antrag eines oder mehrerer Länder beschließen, einen Gesetzentwurf mit oder ohne Maßgaben (=Änderungen gegenüber der Vorlage) beim Deutschen Bundestag einzubringen.

Weitere Erläuterungen zum Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens sind unter <http://www.bundesrat.de/DE/aufgaben/gesetzgebung/verfahren/verfahren.html> abrufbar.

d) Entschließungsanträge der Länder

Als politische Ergänzung des Initiativrechts kann das parlamentarische Mittel der Entschließung eingesetzt werden. Der Bundesrat kann auf Antrag eines oder mehrerer Länder beschließen, eine Entschließung mit oder ohne Maßgaben zu fassen. Entschließungen sind rechtlich jedoch nicht verbindlich.

e) EU-Vorlagen

Neben einem umfassenden Informationsanspruch hat der Bundesrat die Möglichkeit, der Bundesregierung gegenüber Stellungnahmen zu allen EU-Vorlagen abzugeben, die Länderinteressen berühren. Der Bundesrat kann seine Stellungnahmen auch der EU-Kommission direkt übermitteln.

Erläuterungen zur Mitwirkung in Europäischen Angelegenheiten sind unter <http://www.bundesrat.de/DE/aufgaben/mitwirkung-eu/mitwirkung-eu-node.html> abrufbar.

f) Rechtsverordnungen

Der Bundesrat befasst sich mit Rechtsverordnungen der Bundesregierung oder einzelner Bundesministern, sofern diese zustimmungsbedürftig sind. Einer solchen Verordnung kann der Bundesrat mit oder ohne Maßgaben zustimmen oder ihr die Zustimmung versagen.

Der Bundesrat hat zudem ein eigenes Antragsrecht für Rechtsverordnungen. Er kann der Bundesregierung auf Antrag eines oder mehrerer Länder Vorlagen für den Erlass von Verordnungen mit oder ohne Maßgaben zuleiten.

g) Allgemeine Verwaltungsvorschriften

Ebenso wie Rechtsverordnungen sind auch zahlreiche Allgemeine Verwaltungsvorschriften von der Zustimmung des Bundesrates abhängig, wenn durch diese Vorschriften Kompetenzen der Länder berührt werden. Der Bundesrat kann einer solchen Verwaltungsvorschrift mit oder ohne Maßgaben zustimmen oder ihr nicht zustimmen.

h) Berichte der Bundesregierung

Der Bundesrat kann zu einem Bericht der Bundesregierung Stellung oder ihn zur Kenntnis nehmen.

i) Benennungen von Gremienvertretern des Bundesrates

Der Bundesrat hat aufgrund verschiedener Vorschriften die Möglichkeit, Gremienvertreter, z.B. in Bundesanstalten oder EU-Gremien, zu benennen.

j) Verfahren vor dem Verfassungsgericht

Der Bundesrat kann sich zu Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht äußern oder seinen Beitritt erklären.

Ausschussempfehlungen und Plenaranträge, sofortige Sachentscheidung

In der Regel werden alle Vorlagen von den fachlich zuständigen Ausschüssen beraten. Diese geben dem Bundesrat Empfehlungen ab, die in der sog. Empfehlungsdrucksache veröffentlicht werden. Die Empfehlungsdrucksache hat in der Regel die Ziffer „1“ in der Drucksachenummerierung eingeschoben. Die Grunddrucksache 123/14 beispielsweise hat die zugehörige Empfehlung in Drs. 123/1/14.

Der Bundesrat stimmt in der Regel über die einzelnen Ziffern einer Empfehlungsdrucksache ab.

Der Bundesrat stimmt weiterhin über Plenaranträge eines oder mehrerer Länder ab. Diese werden ebenfalls in einer Drucksache veröffentlicht; in der Regel werden die Ziffern 2 fortfolgende in die Drucksachenummerierung eingeschoben, beispielsweise Drs. 123/2/14, 123/3/14.

Haben Ausschussberatungen nicht stattgefunden oder sind sie noch nicht abgeschlossen, kann ein Land die sofortige Entscheidung in der Sache beantragen. Der Bundesrat stimmt dann in der Regel zunächst über den Antrag auf sofortige Sachentscheidung ab.

Im Bundesrat wird in der Regel durch Handaufheben abgestimmt. Allgemein stellt der Bundesratspräsident nur die Ja-Stimmen und damit die Mehrheit oder Minderheit fest. Weitere Hinweise zur Stimmabgabe im Bundesrat finden sich unter <http://www.bundesrat.de/DE/bundesrat/br-plenum/stimmabgabe/stimmabgabe-node.html>.

Die angegebenen **Drucksachen** des Bundesrates sind unter <http://www.bundesrat.de/DE/dokumente/dokumente-node.html> abrufbar.

Inhaltliche Erläuterungen zu allen Tagesordnungspunkten der 982. Plenarsitzung sind unter <http://www.bundesrat.de/SharedDocs/TO/982/download/982-erlaeuterungen.pdf> abrufbar.

Plenarprotokolle sind unter <http://www.bundesrat.de/DE/dokumente/plenarprotokolle/plenarprotokolle-node.html> abrufbar.